

**Ausschuss Migration und Bildung
der Deputation für Bildung**
Sitzungsprotokoll der 9. Sitzung

18. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2011 - 2015

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
30.10.2013	16.00 Uhr	18.00 Uhr	Rembertiring 8-12 28195 Bremen

Teilnehmer/innen:

siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

- TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2 Kenntnisnahme der Protokolle der 7. und 8. Sitzung vom 03.04.2013 und vom 22.05.2013
- TOP 3 Bildungssituation von Seiteneinsteigern/ Flüchtlingen
- TOP 4 Verschiedenes

Herr von Lührte (SfBW) eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird genehmigt.

TOP 2 Kenntnisnahme der Protokolle der 7. und 8. Sitzung vom 03.04.2013 und vom 22.05.2013

Das Protokoll vom 03.04.2013 wird ohne Änderungen zur Kenntnis genommen.

Frau Sakarya-Demirci (Lernen vor Ort) bittet im Protokoll vom 22.05.2013 um Ergänzung auf Seite 2 um den Begriff Stadtteile bei der Erklärung der Abkürzung QUIMS (Qualität in multi-kulturellen Schulen und Stadtteilen). Mit dieser Änderung wird das Protokoll zur Kenntnis genommen.

TOP 3 Bildungssituation von Seiteneinsteigern/ Flüchtlingen

Herr Kehlenbeck (SfBW) eröffnet den dritten Tagesordnungspunkt. Die anwesenden Vorkursleitungen der Schulen stellen sich kurz vor (Frau Jäger von der Marie-Curie-Schule; Frau Leithe-Alkhasan und Frau Rauschendorf von der Oberschule an der Helgolander Str., Frau Schäper-Bunk vom Alexander-von-Humboldt-Gymnasium,). Ebenfalls anwesend sind Herr Grönegreß (Schulleiter der Allgemeinen Berufsschule) und Herr Zerdali (Leiter der Abteilung Sprachklassen an der Allgemeinen Berufsschule) sowie ein Schüler dieser Schule und ein jugendlicher unbegleiteter Flüchtling, der vor Ort zum Thema Schulbesuch beraten wurde.

Herr Kehlenbeck zeigt anhand einer Powerpointpräsentation die Vorkursstandorte der Sekundarstufe I in der Stadtgemeinde Bremen und verdeutlicht den Weg der Aufnahme von Flüchtlingen bei der Ankunft in Bremen. Hierbei wird zwischen Familien und unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen unterschieden. Beim letztgenannten Personenkreis ist die Jugendhilfe zuständig und diese Flüchtlinge bleiben im Land Bremen. Insgesamt werden 0,93% aller Asylbewerber, die in Deutschland Asyl beantragen, auf das Bundesland Bremen verteilt. Aufgrund der gestiegenen Flüchtlingszahlen gibt es Planungen des Bremer Senats die Anzahl der Übergangswohnheime den Bedarfen anzupassen und entsprechend auszuweiten.

Neben der Eröffnung zwei weiterer Vorkursstandorte in der Sekundarstufe I wird die altersabhängige Zuordnung der Schülerinnen und Schüler zu den Vorkursen an den entsprechenden Schulen erläutert sowie der Ablauf des Verfahrens bei der Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.

Frau Döpke-Würdemann (Fachberaterin für Sprache und Sprachstandsfeststellung, Schulamt Bremerhaven) skizziert kurz die Organisation der Vorkurse in der Stadt Bremerhaven. Dort werden derzeit 10 Vorkurse bereitgehalten, eine Erweiterung der Standorte ist notwendig aufgrund der steigenden Zuwanderungszahlen. Pro Kurs werden 10 Kinder im Umfang von 10 Wochenstunden innerhalb des Vorkurses unterrichtet bei einer Laufzeit von einem Jahr. Die restliche Unterrichtszeit verbringen die Kinder in den Aufnahmeklassen, die sich auch an anderen Standorten befinden können. Aufgrund des enormen Anstiegs der Zuweisung von Vorkursschülerinnen und -schülern werden in Bremerhaven derzeit zwei Modellversuche durchgeführt: an einer Schule wird das Bremer Modell getestet (20 Wochenstunden im Vorkurs für ein halbes Jahr; die Vorkursschülerinnen und -schüler bleiben nach Beendigung des Vorkurses an der Schule), an einem weiteren Standort werden zwei Kurse für Kinder angeboten, die nach dem Vorkurs ebenfalls an der Schule verbleiben und wöchentlich 10 Wochenstunden im Vorkurs unterrichtet werden und die restliche Unterrichtszeit in den Aufnahmeklassen. Im Februar 2014 laufen die Modellversuche aus und werden ausgewertet. Frau Döpke-Würdemann verdeutlicht, dass es große Schwierigkeiten gibt, geeignetes Lehrpersonal für die Deutschförderung zu finden. Herr Kehlenbeck ergänzt, dass in Bremerhaven zwei Vollzeit- Vorkurse in der Sekundarstufe I bestehen.

Herr Kehlenbeck erläutert, dass der Flüchtlingsstatus der Schülerinnen und Schüler nicht statistisch ermittelt wird und die Aufnahme von Flüchtlingen im Kontext der allgemeinen Migrationsbewegungen betrachtet werden muss. Die Prognosen des Sozialressorts bezogen auf die Zuwanderungszahlen der schulpflichtigen Flüchtlinge werden kurz dargestellt. Konzeptionelle Änderungen an der Durchführung der Vorkurse in der Stadtgemeinde Bremen sind nicht vorgesehen.

Vorkurse in der Sekundarstufe I:

Frau Leithe-Alkhan und Frau Rauschendorf (Vorkursleitungen Oberschule an der Helgolander Str.) berichten von der Arbeit in den Vorkursen. Die niveaudurchlässige Beschulung erfolgt in den Niveaustufen A1, B1 und B2 mit Ausrichtung auf das Deutsche Sprachdiplom (DSD), welches ab März 2014 von den Schülerinnen und Schülern des Vorkurses erworben werden kann. Um den Übergang in die Regelklassen zu erleichtern, werden den Klassenlehrkräften der Schülerinnen und Schüler Arbeitsmaterialien der Vorkursleitungen auf dem entsprechenden Niveau mitgegeben.

Die Frage aus dem Plenum, ob die Datenlage für die Zuweisung in die Vorkurse ausreicht, wird von Herrn Kehlenbeck beantwortet.

Auf Nachfrage von Frau Sakarya-Demirci erläutert Herr Kehlenbeck, dass es keine wissenschaftlichen Untersuchungen darüber gibt, welches Gestaltungsmodell der Vorkurse vorteilhafter ist.

Vorkurse in der Primarstufe:

Frau Jäger (Vorkursleiterin an der Marie-Curie-Schule) erklärt, dass an der Grundschule bis zu 10 Kinder im Vorkurs beschult werden können. Frequenzüberschreitungen kommen in Ausnahmefällen kurzzeitig vor.

Herr Kehlenbeck ergänzt, dass in den stark ausgelasteten Regionen (z.B. Mitte/ östliche Vorstadt) Entlastung mit einem weiteren Vorkurs geschaffen werden soll, wo die Aufnahmekapazitäten ausgereizt sind.

Die Frage von Frau Dogan (Bündnis 90/ Die Grünen) nach Widrigkeiten und Unterstützungsbedarfen wird von den Vorkursleitungen Frau Leithe-Alkhan und Frau Rauschendorf dahingehend beantwortet, dass die Schülerinnen und Schüler vereinzelt Angst haben am Regelunterricht teilzunehmen. Dem Problem wird u.a. mit Patenschaften für diese Schülerinnen und Schüler begegnet. Die Lehrkräfte sehen Fortbildungsbedarf im Umgang mit traumatisierten Kindern und Jugendlichen.

Herr Kehlenbeck verdeutlicht, dass die Schwierigkeit bei den Vorkursen darin liegt, eine möglichst gleichmäßige Auslastung in den Regionen zu schaffen. Dennoch müssen die zum Teil starken Schwankungen in den Migrationsbewegungen aufgefangen werden.

Herr Dr. vom Bruch (CDU) stellt fest, dass sich der Bremer Senat auf die zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen einstellt. Er fragt an, ob die bisherigen Kapazitäten dafür ausreichen.

Herr von Lührte teilt mit, dass hierzu eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet wurde, die sich mit den Fragen zum Thema Flüchtlinge beschäftigt. Die zusätzlichen Ausstattungsbedarfe sind im Rahmen der zweiten Mitteilung an den Senat angemeldet worden.

Herr Kehlenbeck macht die Zielrichtung deutlich, die Anzahl der Vorkurse in den Grundschulen und Oberschulen weiter quantitativ auszuweiten.

Auf Nachfrage von Herrn Tuncel (Die Linke) erläutert Frau Jäger die enge Kooperation zwischen den Vorkurslehrkräften und den Lehrkräften der Regelklassen. Frau Döpke-

Würdemann gibt an, dass die Verzahnung zwischen den Vorkursschulen und den Regelschulen in Bremerhaven ausgebaut werden soll.

Herr Weigelt (SPD) erkundigt sich nach den zusätzlichen Sprachförderbedarfen der Vorkursschülerinnen und –schüler in den Regelklassen. Herr Kehlenbeck benennt hierzu die Jahreswochenstunden (800 Stunden/ B1- Niveau), die für eine Deutschförderung im Rahmen der Vorkurse geleistet werden mit anschließender möglicher Förderung über Maßnahmen des Sprachbildungskonzepts. Zusätzlich werden Förderressourcen für Schulen mit entsprechendem Sozialindikator bereitgestellt, um weitere Förderprojekte in den Schulen zu finanzieren.

Berufswahlvorbereitungsklassen/ Vorkurse in der Sekundarstufe II:

Herr Grönegreß (Schulleiter der Allgemeinen Berufsschule) und Herr Zerdali (Leiter der Abteilung Sprachklassen an der Allgemeinen Berufsschule) sind in Begleitung von zwei Jugendlichen, die sich näher vorstellen (Übersetzung durch Frau Schäper-Bunk). Yunus (17 Jahre, unbegleiteter minderjähriger Flüchtling) ist seit 6 Monaten in Deutschland und besuchte in seiner Heimat Algerien 13 Jahre die Schule. Sein Abitur hat er noch nicht abschließen können. Eine Aufnahme am Vorkursstandort des Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums konnte wegen fehlender Kapazitäten bislang nicht erfolgen. Frau Schäper-Bunk erläutert kurz die Aufnahmebedingungen für den Vorkursbesuch an ihrer Schule (mindestens 9-jährige Schulbildung, Alter: zwischen 16 und 17 Jahren, gymnasiale Schulleistungen). Herr Zerdali zeigt den Weg der Schülerinnen und Schüler über die Beratungsstelle an der ABS in den Vorkurs bzw. in die Berufswahlvorbereitungsklassen auf. Er befürwortet eine Aufstockung der Vorkursstandorte in der Sekundarstufe II, da es lange Wartelisten gibt und nicht allen angehenden Abiturientinnen und Abiturienten der Weg zum Gymnasium eröffnet werden kann. Herr Kehlenbeck weist darauf hin, dass die Planungen einen weiteren Standort in der Sekundarstufe II vorsehen und dies auch über die Sofortmaßnahmen abgedeckt werden soll, die vom Bremer Senat für die Beschulung der Flüchtlinge gewährt wurden.

Ruchd (17 Jahre, unbegleiteter minderjähriger Flüchtling aus Guinea) wohnt seit zwei Monaten in der Zentralen Aufnahmestelle für Flüchtlinge (ZAST, Steinsetzer Str.) und wurde am Tag der Sitzung einem Übergangwohnheim zugewiesen. Ihm ist der Schulbesuch sehr wichtig, um evtl. später studieren zu können. In seiner Heimat hat er 12 Schuljahre abgeschlossen. Herr Zerdali macht auf die prekäre Lage bei den Essenszeiten in der ZAST aufmerksam. Die Essensausgabe morgens und mittags erfolgt nur zu den Zeiten, in denen Ruchd auf dem Weg oder noch in der Schule ist. Eine optimale Lernsituation kann dadurch und auch durch unbearbeitete traumatische Erlebnisse nicht erreicht werden. In diesem Zusammenhang weist Herr Zerdali darauf hin, dass die sozialpädagogische Arbeit mit einer Pädagogin bzw. einem Pädagogen für sieben Klassen nicht im erforderlichen Umfang abgedeckt ist. Herr Grönegreß teilt mit, dass die Sprachförderklassen in kurzer Zeit stark angewachsen sind und es eine große Herausforderung darstellt, geeignetes Lehrpersonal im lau-

fenden Schuljahr zu finden. Er wünscht sich längerfristig planbare Ressourcen im Personalbereich und bei der Raumfrage.

Frau Tuche (SPD) bemängelt die geringen Perspektiven für junge Menschen und wünscht sich, dass konkrete Überlegungen dazu aufgestellt werden.

Auf Nachfrage von Frau Cerna (Vorsitzende des Bremer Rates für Integration) bezüglich der Zuständigkeit bei unregelmäßigem Schulbesuch von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, teilt Herr Zerdali mit, dass das Kollegium an der ABS stark für die Schulpflicht eintritt und in engem Kontakt steht mit den Einrichtungen und den Betreuungskräften der Jugendlichen. Auf diese Weise konnte das Schulvermeidungsverhalten reduziert werden. Herr Kehlenbeck gibt an, dass es keine Häufung von Schulvermeidungen bei Vorkursschülerinnen und -schülern gibt. Für den Bereich der Sekundarstufe I sind die Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren bei Schulvermeidungen zuständig.

Herr Tuncel mahnt eine schnelle Beschulung der zugewanderten Jugendlichen an.

Herr Dr. vom Bruch bittet aufgrund der dargestellten Situation bei den Flüchtlingen um eine Aktualisierung der Tagesordnung der Deputationssitzung am 07.11.2013 und die Klärung der Frage, welche Maßnahmen mit den zur Verfügung gestellten Sofortmitteln kurzfristig umgesetzt werden können. Die Umstände in der ZAST sollten seiner Ansicht nach auch thematisiert werden, auch unter dem Aspekt einer besseren Verzahnung der Zusammenarbeit zwischen dem Sozial- und Bildungsressort.

Herr von Lührte weist auf die bisherige Arbeit des Sozialressorts und des Bildungsressorts hin und verdeutlicht, dass von den 100.000,- € an Sofortmaßnahmen für Flüchtlinge 35.000,- € für das Bildungsressort bewilligt wurden, mit denen drei weitere Vorkursstandorte ab 01.11.2013 realisiert werden sowie weitere Berufswahlvorbereitungsklassen an der ABS entstehen sollen. Weitere Bedarfe an Sprachförderklassen wurden bereits angemeldet. Herr Kehlenbeck ergänzt, dass die Hauptproblematik im berufsbildenden Bereich liegt. So wurden dort im vergangenen Schuljahr sechs zusätzliche Sprachförderklassen eingerichtet.

Frau Dogan erwartet, dass bezogen auf die Wartelistenproblematik bei den Sprachförderklassen an der ABS eine Lösung gefunden wird, da die Jugendlichen einen Anspruch auf einen Schulbesuch haben.

Herr Weigelt äußert seinen Informationsbedarf hinsichtlich der benötigten Vorkursplätze für unversorgte Schülerinnen und Schüler.

TOP 4 Verschiedenes

Die nächste Sitzung des Ausschusses ist für den 18.12.2013 vorgesehen. Die Deputierten nehmen diesen Terminvorschlag an. Bei dieser Sitzung soll der Entwicklungsplan Migration und Bildung vorgestellt werden. Herr von Lührte bedankt sich für die Diskussion und Beteiligung.

Helmut Kehlenbeck

Mustafa Güngör

Frau Jager

Referent für Interkulturelle Bildung

Sprecher des Ausschusses

Protokoll